

Beschluss: Natur- und Umweltschutz in Krisenzeiten

Der Angriffskrieg Russlands hat viele vermeintliche Sicherheiten in Europa erschüttert und führt uns die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und anderen Rohstoffen aus den Händen von Despoten deutlich vor Augen. Der Konsum dieser Ressourcen zerstört nicht nur Natur und Umwelt, er finanziert auch weltweit Kriege. Gleichzeitig sind Energie und Lebensmittel selbst in Europa so teuer, dass viele Menschen sich schon heute ihren Alltag nicht mehr leisten können und große Angst vor dem Winter haben. Es könnte zu einer schweren Rezession mit anhaltender Inflation kommen.

Parallel zu den sozialen Krisen spitzt sich auch die Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätskrise immer weiter zu. Aber selbst die erneuten Hitze-Rekorde und Dürre-Meldungen im vergangenen Sommer haben aufgrund der Energiekrise nicht zur politischen Kehrtwende geführt. Das Artensterben und die Belastung der Umwelt mit Chemikalien und Schadstoffen ist weiter dramatisch vorangeschritten. Die Umweltkatastrophe des Fischsterbens in der Oder im August 2022, die durch menschengemachte Gewässerverschmutzung, niedrige Wasserstände und Hitze ausgelöst wurde, verdeutlicht dies allzu sehr.

Gegen falsche Antworten auf die Krisen

Die Bundesregierung musste kurzfristig handeln, um die Versorgung mit Energie abzusichern und die Bevölkerung zu entlasten. Doch einige Maßnahmen können verheerende dauerhafte Auswirkungen auf Umwelt, Natur und Klima haben und waren auch aus sozialer Perspektive nicht gerecht. Zum Erhalt national und international geschützter Flächen und zum Schutz der biologischen Vielfalt müssen die EU-Naturschutzziele eingehalten werden.

Deswegen setzt sich der BUND dafür ein, dass:

- kein überdimensionierter und aktionistischer Bau von LNG-Terminals stattfindet und keine langfristige Versorgung mit fossilem Gas festgeschrieben wird,
- die Voraussetzung für die Energiewende ein naturverträglicher Ausbau der Offshore Windenergie ist und nicht zu Lasten des Meeres- und Küstennaturschutzes realisiert werden darf,
- die Bundesregierung mit der nötigen (außen-)politischen Weitsicht keine weiteren langfristigen fossilen Lieferverträge und Energiepartnerschaften abschließt. Länder, die das Völkerrecht missachten und durch ihre geopolitische Haltung andere Länder bedrohen bzw. angreifen, dürfen nicht zu Energiehandelspartnern werden,
- der Kohleausstieg vorgezogen wird, um ein Paris-kompatibles CO₂-Budget trotz der Aktivierung von Kohlekraftwerken in Reserve einzuhalten,
- umweltschädliche Subventionen abgeschafft werden und klimaschädliche Vorhaben wie der Tankrabbat sich nicht wiederholen,
- der Atomausstieg am 31.12.2022 vollzogen wird,
- umwelt- und klimaschädliches Fracking dauerhaft keine Chance hat,
- die ökologischen Vorrangflächen wieder geschützt werden, statt sie landwirtschaftlich zu nutzen.

Solidarisch gegen Klima- und Energiekrise

Der Krise solidarisch zu begegnen, bedeutet zuallererst das Einsparen von Energie. Denn je weniger Energie Industrie und Haushalte verbrauchen, desto geringer die Belastungen, desto mehr Energiesicherheit und desto schneller kann Deutschland sich vollständig aus Erneuerbaren Energien versorgen. Solidarität drückt sich darüber hinaus in einer zeitnahen und zielgenauen Entlastung der Menschen aus.

Wir fordern eine bezahlbare Energiegrundversorgung, die durch progressive Energiepreise statt durch Steuern finanziert wird. Das von der Bundesregierung geplante Bürgergeld muss armutsfest und menschenwürdig gestaltet werden. Hartz-IV muss schnellstmöglich überwunden werden. Entlastungen und neue Investitionen müssen solidarisch über die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, die Besteuerung von Übergewinnen und die zeitweise Aussetzung der Schuldenbremse finanziert werden.

Der BUND fordert die Bundesregierung auf:

- Bürger*innenenergie als tragende Säule der dezentralen Energiewende anzuerkennen und jetzt die rechtlichen Rahmenbedingungen für Energy Sharing und Prosuming zu schaffen,
- progressive Energiepreise durchzusetzen: Vielverbraucher*innen (nach Pro-Kopf-Verbrauch) stellen so sicher, dass alle Menschen ein grundbedarfsgerechtes Energiekontingent erhalten,
- Energiestandards auch für Bestandsgebäude festzulegen und die Sanierung, fokussiert auf eine ökologische Sanierungsweise mit echtem Anreiz für Lebenszyklusanalyse und das Sanieren mit nachwachsenden Baustoffen effektiv zu fördern,
- Tempolimits auf Autobahnen (100 km/h), Bundesstraßen (80 km/h) und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts festzulegen, als sofort wirksamen Beitrag zur Überwindung der Energiekrise,
- Investitionen in den Neubau von klimaschädlicher Infrastruktur wie Autobahnen sofort zu stoppen, die Subventionierung des Flugverkehrs zu beenden und die Regionalflughäfen zu schließen,
- das 49€ Ticket für alle langfristig zu sichern, sowie ein 9€ Ticket für unter 27-Jährige und Menschen, die eine Ausbildung, ein Studium, einen Freiwilligendienst absolvieren oder Sozialhilfe empfangen. Parallel fordern wir den massiven Ausbau von öffentlichem Nah- und Fernverkehr und die Umsetzung einer Mobilitätswende, die allen Bürger*innen bezahlbare und nachhaltige Mobilitätsangebote zur Verfügung stellt, auch im ländlichen Raum,
- die Mehrkosten aufzufangen, die durch den Umbau der Tierhaltung und eine deutliche Reduktion der Nutztiere entstehen,
- die neue Gentechnik ebenfalls mit Zulassungsverfahren, Sicherheitsprüfung und Kennzeichnung klar zu regeln,
- die energieintensive Industrie zu Effizienz- und Energiesparmaßnahmen zu verpflichten und die Abschreibung für Effizienzmaßnahmen auf vier Jahre zu verlängern,
- die Warengüterverkehre zu reduzieren.

Wege zur Postwachstumsgesellschaft

Um diesen Bemühungen einen Rahmen zu geben, muss die Bundesregierung eine glaubhafte Strategie für eine Wirtschaft entwickeln, die sich am Gemeinwohl statt am Wirtschaftswachstum orientiert und eine suffiziente Lebensweise unterstützt. Für eine gelingende Transformation ist die gerechte Verteilung der finanziellen Lasten eine Grundbedingung. Diejenigen, die bisher am stärksten zum Klimawandel beigetragen und/oder von Krisen profitiert haben, müssen dringend zur Finanzierung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben herangezogen werden. Deshalb muss die Bundesregierung besonders in Krisenzeiten zunächst eine gerechte und bezahlbare Grundversorgung aller Menschen mit Energie, Wohnen, Ernährung, Mobilität und Bildung sicherstellen. Das sichert gesellschaftliche Teilhabe in der Postwachstumsgesellschaft sowie auf dem Weg dahin. Darüber hinaus fordert der BUND absolute Grenzen für den Verbrauch von Ressourcen, Energie und Fläche an Land und im Meer.

Erst in einer Postwachstumsgesellschaft, in der Grenzen für den Verbrauch von Ressourcen festgelegt sind, wird es möglich, lebendige Naturräume wie Wälder, Moore, Auen, Flüsse, Küsten und Meere nicht nur zu schützen, sondern dauerhaft auszuweiten. Denn nur, wenn Konsum und Produktion gesenkt werden, kann die Bedrohung von Naturlandschaften durch Zersiedlung, Gewerbe- und Industriegebiete oder Verkehrswege abgemildert werden. Nur wenn der Abbau von Rohstoffen wie Kohle, Kalkstein, Gips und Kali dauerhaft gesenkt bzw. gestoppt wird, nimmt der Druck auf die Natur hier in Deutschland und weltweit ab. Der Umgang mit den Krisen kann nur gelingen, wenn wir die Treiber der Natur- und Umweltzerstörung adressieren und für umwelt- und klimagerechte Landnutzung und Stadtplanung sorgen.

Dazu fordert der BUND von der Bundesregierung, folgende Gesetze zu verabschieden und konsequent um- und durchzusetzen:

- ein Energieeffizienzgesetz, das absolute Grenzen des Energieverbrauchs für die verschiedenen Sektoren festlegt,
- ein Ressourcenschutzgesetz, das allgemeine Ziele zur absoluten Senkung des Ressourcenverbrauchs und Unterziele für einzelne Stoffgruppen festschreibt,
- ein Bodenschutzgesetz, in dem das Ziel von nettonull Flächenverbrauch bis 2030 verankert ist.

Internationale Solidarität und Umweltgerechtigkeit

Auf internationaler Ebene wird der BUND sich zusammen mit seinen Partnern im Friends of the Earth-Netzwerk für Klima- und Umweltgerechtigkeit, für Ernährungssouveränität und für die Rechte von Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen stark machen, die weltweit ihr Leben für den Schutz von Menschen und der Umwelt riskieren. Der deutsche Energie- und Ressourcenhunger verschärft Konflikte im Globalen Süden. Der BUND wird sich insbesondere gegen Umweltzerstörung weltweit einsetzen, die durch ungleiche Handelsbeziehungen entsteht. Auch Regenwälder lassen sich nur schützen, wenn keine weitere Bedrohung durch Soja- und Palmölplantagen für den Export u.a. für Soja als Futtermittel in der Nutztierhaltung besteht. Lebensräume mit hoher biologischer Vielfalt können weltweit nur erhalten und ausgeweitet werden, wenn sie nicht weiter durch den Abbau von bspw. Eisenerz,

Bauxit oder Kupfer für den Export zerstört und durch Kohle-, Öl- und Gasprojekte gefährdet werden.

Deswegen wird sich der BUND einsetzen für:

- ein EU-Lieferkettengesetz mit umwelt-, klima- und menschenrechtsbezogenen Sorgfaltspflichten,
- ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte („UN Treaty“), das Unternehmen weltweit verpflichtet, Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten,
- die Abschaffung von Investor-Staat-Schiedsgerichten,
- einen Stopp umweltschädlicher Handels- und Investitionsschutzabkommen wie CETA oder das EU-Mercosur-Abkommen,
- verbindliche Nachhaltigkeitskapitel für Handelsabkommen, die dem Streitschlichtungsmechanismus unterliegen,
- eine signifikante Erhöhung der internationalen Klima- und Biodiversitätsfinanzierung,
- strenge sozial-ökologische Standards für Investitionen in grünen Wasserstoff und dessen suffizienten Einsatz,
- den Schutz des einzigartigen Lebensraums der Tiefsee vor zerstörerischem Bergbau.

Der sozial-ökologische Umbau in Deutschland und Europa sorgt nicht nur für ein gutes Leben bei uns, sondern auch dafür, dass von Deutschland verursachte Umweltzerstörung weltweit verhindert wird. Für diesen Umbau wird sich der BUND auf Bundesebene, in den Ländern und in Kommunen einsetzen, konstruktiv-kritisch, aber auch streitbar.

Der BUND zeigt in seiner Arbeit den wichtigen Beitrag von Natur-, Umwelt- und Klimaschutz für die Friedenspolitik auf. Hierbei unterstützt der BUND die Bündnisarbeit einer gesellschaftlich breit aufgestellten Friedensbewegung.